



Kostendämpfung

Bei den Änderungen im Bundesgesetz über die Krankenversicherungen sind sich National- und Ständerat weiterhin uneinig. Der Nationalrat räumte am Montag zwei der fünf verbleibenden Differenzen aus - jene zu den Rechnungen und jene bei den Patientenorganisationen. Die Leistungserbringer sollen ihre Rechnungen nach Tarifen oder Preisen erstellen, sind sich nun beide Räte einig. Und der Bund soll Patientenorganisationen nicht finanziell unterstützen können, die Patienten bei den Rechnungskontrollen helfen. Mit dem Massnahmenpaket sollen die Gesundheitskosten gesenkt werden. Die Vorlage geht nun zurück an den Ständerat.

Krankenversicherung

Die Krankenkassen müssen künftig die Kosten für Pflegematerial übernehmen. Dabei spielt es keine Rolle mehr, wer es wo verwendet. Das Parlament hat der entsprechenden Anpassung des Krankenversicherungsgesetzes zugestimmt. Nun hat der Nationalrat die letzte Differenz bereinigt. Die Vorlage ist damit bereit für die Schlussabstimmung. Mit der Gesetzesänderung gibt es in Zukunft bei der Vergütung des Pflegematerials keinen Unterschied mehr zwischen beruflicher und nicht beruflicher Verwendung und dem Ort, an dem das Material eingesetzt wird. Die Forderung, dass die Krankenkassen die Kosten für dieses Pflegematerial übernehmen, stammt aus dem Parlament.

Geldwäscherei

Die Verschärfung des Geldwäschereigesetzes ist noch nicht vom Tisch. Der Nationalrat hat am Dienstag die Vorlage an seine Kommission zurückgewiesen. Sie soll nun einen mehrheitsfähigen Kompromiss finden. Im Zentrum stehen Regeln für Anwälte, Notare und andere Berater. Es gelte nun, "immerhin den kleinsten gemeinsamen Nenner" zu finden, sagte Ursula Schneider Schüttel (SP/FR). Eine neue Diskussion sei immerhin besser, als das Geschäft zu beerdigen, hielt Finanzminister Ueli Maurer fest. Die Vorlage kommt voraussichtlich im Frühling wieder in die grosse Kammer.

Härtefälle

Das Parlament hat die zusätzlichen 1,5 Milliarden Franken, die der Bundesrat für Härtefälle im Kampf gegen die Corona-Krise zur Verfügung stellen will, im Covid-19-Gesetz gutgeheissen. Ursprünglich waren im Covid-19-Gesetz 600 Millionen Franken für Härtefälle vorgesehen. Mit der Erhöhung um 400 Millionen im November und den am Freitag gesprochenen 1,5 Milliarden sind mittlerweile insgesamt 2,5 Milliarden Franken vorgesehen. Zudem sollen nicht nur Kulturunternehmen, sondern auch wieder Kulturschaffende unterstützt werden.

Solidarbürgschaftsgesetz

Die Rückzahlungsfrist für Covid-Kredite soll von fünf auf acht Jahre verlängert werden. Der Nationalrat hat an seinem Entschluss festgehalten. Angesichts der Entwicklungen der Corona-Pandemie sei eine kürzere Rückzahlungsfrist nicht zumutbar, befand eine Ratsmehrheit. Der Ständerat war zuvor dem Bundesrat gefolgt und wollte die Rückzahlungsfrist bei fünf Jahren belassen. Die Dauer der Frist ist die letzte Differenz, die zwischen den Räten bei der Beratung des Geschäfts noch besteht. Als nächstes ist wieder der Ständerat am Zug.



Bildung

Nach drei Beratungsrunden haben sich die Räte über die Mittel geeinigt, die der Bund in den kommenden vier Jahren der Förderung von Bildung, Forschung und Innovation zur Verfügung stellen will. Zuletzt verzichtete der Nationalrat auf eine Aufstockung beim 3R Kompetenzzentrum Schweiz. Mit der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) 2021 bis 2024 beantragte der Bundesrat insgesamt gut 27,9 Milliarden Franken, 2 Milliarden mehr als in der laufenden Förderperiode. Das Parlament erhöhte die Summe nun auf rund 28,1 Milliarden Franken.

Bundesfinanzen

Der Bundesrat schlägt dem Parlament strukturelle Reformen vor, um den Bundeshaushalt zu entlasten. Ein konkretes Sparziel formuliert er dabei nicht. Der Nationalrat hat dem entsprechenden Bundesgesetz als Erstrat oppositionslos zugestimmt. Die Vorlage war sowohl in der Finanzkommission des Nationalrats (FK-N) als auch im Rat weitgehend unbestritten. Die beantragten Änderungen zum Dienst ÜPF gliederte der Nationalrat auf Antrag seiner Kommission in einen separaten Entwurf aus. Die zuständige Kommission soll diese Änderungen in einem datenschutzrechtlich heiklen Bereich so vertieft prüfen können - unabhängig von den übrigen Massnahmen. Der erste Entwurf geht nun an den Ständerat.

Parlament budgetiert Defizit von 6.1 Milliarden Franken fürs nächste Jahr

National und Ständerat haben sich am Mittwoch geeinigt – das Bundesbudget 2021 ist unter Dach und Fach. Für 2021 ist ein Minus von 6,1 Milliarden Franken budgetiert. Die Ausgaben belaufen sich auf 82 Milliarden Franken.

Wie der Nationalrat hat auch der Ständerat den Nachtragskredit von 1,5 Milliarden Franken für die Härtefälle am Mittwoch genehmigt. Der Bundesrat hatte diesen Betrag am vergangenen Freitag vorgeschlagen – im Hinblick auf strengere Corona-Massnahmen in den nächsten Wochen. Diese Ausgaben werden ausserordentlich abgerechnet. Bei der ausserordentlichen Rechnung wird Stand Mittwochmorgen mit einem Defizit von 4,8 Milliarden Franken gerechnet, wie Finanzminister Ueli Maurer sagte.

Ausgeglichenes Budget

Die Ausgaben für die Covid-Kredite belaufen sich damit auf 6,6 Milliarden Franken. Angesichts dieser Mehrausgaben hatte Finanzminister Maurer die Räte zu Beginn der Budgetdebatte davor gewarnt, die vom Bundesrat vorgeschlagenen Ausgaben zu erhöhen. Es handle sich um ein ausgeglichenes Budget – und explizit nicht um ein Sparbudget, erklärte er. National- und Ständerat sind dieser Aufforderung schliesslich auch mehrheitlich gefolgt. Von grösseren Aufstockungen bei einzelnen Budgetposten hat der Rat abgesehen.

So sind 2021 im Bundesbudget insgesamt 2,2 Milliarden Franken für Einkommensverluste vorgesehen. Weiter wurden Kredite gesprochen für die Kultur (130 Millionen Franken), den Transport (514 Millionen Franken), die Rekapitalisierung von Skyguide (250 Millionen) und für die Solidarbürgschaften (1 Milliarde).

Mehr Geld für Landwirtschaft und Bildung

Bei den anderen Budgetposten, die zu Diskussionen führten, folgte der Ständerat bei der Landwirtschaft dem Nationalrat, der die Direktzahlungen etwa auf dem Niveau vom vergangenen Jahr belassen und nicht wie vom Bundesrat vorgeschlagen kürzen wollte.



Die Mittel für die Direktzahlungen belaufen sich damit auf 2,812 Milliarden Franken. Acrosop, das Kompetenzzentrum des Bundes für landwirtschaftliche Forschung, erhält vier Millionen Franken mehr als vom Bundesrat budgetiert. Die Mittel für die Berufsbildung werden um 5,1 Millionen Franken auf 57,5 Millionen Franken erhöht. Im Gegenzug verzichten National- und Ständerat darauf, die Gelder für die ETH und andere Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung zu erhöhen.

Mehr Geld für Kinderschutz

Auch die Gelder für die Mobilität von Studierenden werden ins Budget aufgenommen – obwohl der Bundesrat noch keine Botschaft dazu verabschiedet hat. Konkret geht es um das Austauschprogramm Erasmus+ der Europäischen Union. Der Bundesrat hat diese Verhandlungen noch nicht zu Ende geführt. Bei den Geldern für die Kinderrechte und den Kinderschutz hat der Ständerat schliesslich auf die Linie des Nationalrats eingelenkt. Der Bundesrat hatte für diesen Budgetposten 1,13 Millionen vorgesehen – nun sind es 2 Millionen Franken.

Mehr bewaffnetes Sicherheitspersonal im Bundeshaus

Bei der Kultur hat das Parlament seinen Entscheid vom September bestätigt und die damals beschlossenen Gelder im Umfang von 5,6 Millionen Franken freigegeben. Schliesslich beschlossen die beiden Kammern, dass die Sicherheit im Bundeshaus erhöht werden soll, und auch bewaffnetes Sicherheitspersonal eingesetzt werden soll. Der dafür notwendige Kredit bei der Sicherheit wurde um 1,5 Millionen Franken erhöht.

Auslandreisen

Vorläufig aufgenommenen Personen in der Schweiz soll es nicht grundsätzlich verboten werden, ins Ausland zu reisen. Der Nationalrat ist am Mittwoch nicht auf den Vorschlag des Bundesrats eingetreten. Eine Links-Rechts-Allianz stoppte die Pläne. SP und Grünen geht das Reiseverbot deutlich zu weit, die SVP stört sich an den geplanten Ausnahmeregelungen. Der Entscheid für Nichteintreten fiel mit 117 zu 72 Stimmen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat. Tritt dieser ebenfalls nicht auf den Gesetzesentwurf ein, ist die Vorlage vom Tisch. Tritt die kleine Kammer ein und stimmt sie den Änderungen in der Gesamtabstimmung zu, ist erneut der Nationalrat am Zug.

Geschlecht

Menschen mit einer Transidentität und Menschen mit einer Variante der Geschlechtsentwicklung können ihr Geschlecht und den Vornamen im Personenstandsregister künftig unbürokratisch ändern lassen. Das Parlament hat einer Änderung des Zivilgesetzbuches zugestimmt. Mit dieser können Personen, die innerlich fest davon überzeugt sind, den Wechsel vollziehen zu wollen, mit einer Erklärung gegenüber dem Zivilstandsamt eine Änderung des Eintrags bewirken, indem sie dort persönlich vorsprechen. Bis zum vollendeten 16. Lebensjahr müssen Eltern oder die gesetzlichen Vertreter ihre Zustimmung geben. Eine Änderung im Personenstandsregister hat keinen Einfluss auf eine bestehende Ehe oder registrierte Partnerschaft. Auch Eltern-Kind-Verhältnisse bleiben unverändert. Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmung.

Erbrecht

Erblasser können künftig über einen grösseren Teil des Nachlasses frei verfügen. Das Parlament hat das fast hundertjährige Erbrecht modernisiert. Der Nationalrat bereinigte die letzte Differenz in der Vorlage. Damit ist diese bereit für die Schlussabstimmung. Die Vorlage des Bundesrats setzt bei den Pflichtteilen an. Neu wird der Pflichtteil der Kinder auf die Hälfte reduziert, jener für die Eltern wird gestrichen.



Der Pflichtteil des Ehepartners oder des eingetragenen Partners wird bei der Hälfte des gesetzlichen Erbanspruchs belassen. Der Bundesrat schlug auch vor, eine Regelung für Lebenspartnerinnen und -partner zu erlassen, das Parlament lehnte das aber ab.

Rahmenabkommen

Der Nationalrat hat an einer ausserordentlichen Session das EU-Rahmenabkommen thematisiert. Die Debatte zeigte erneut: Das ausgehandelte Abkommen ist in der Schweiz derzeit nicht mehrheitsfähig. Abgelehnt wurden zwei Motionen der SVP-Fraktion. Diese verlangten erstens, dass die Klärungen in verschiedenen Bereichen verbindlich im Vertragstext festgehalten werden sollen. Und zweitens, dass das institutionelle Abkommen mit der EU nicht unterzeichnet, das Vorhaben abgeschrieben und dies der EU klar und unmissverständlich mitgeteilt werden soll. Beide Vorstösse sind vom Tisch.

Horizon

Die Schweiz soll bei der nächsten Generation des EU-Forschungsprogrammes Horizon dabei sein können. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat die dafür notwendigen Gelder in Höhe von 6,15 Milliarden Franken gesprochen. Von diesen 6,15 Milliarden entfallen 5,42 Milliarden Franken auf Pflichtbeiträge für Horizon Europe, das Euratom-Programm, die internationale Infrastruktur für Fusionsforschung (Iter) und das Digital Europe Programme. 614 Millionen Franken sind als Reserve gedacht, 117 Millionen für nationale Begleitmassnahmen in der Schweiz. Der Bundesbeschluss ist damit definitiv angenommen. Es gehe darum, die Fortsetzung einer guten Zusammenarbeit ohne Unterbruch zu sichern, sagte Bildungsminister Guy Parmelin. Die Schweiz beteiligt sich seit 2004 an den EU-Forschungsprogrammen.

Wohnbauförderung

Der Nationalrat will den Rahmenkredit für Bürgschaften in der Wohnraumförderung erneuern. Er hat dem vom Bundesrat beantragten Rahmenkredit von 1,7 Milliarden Franken für Eventualverpflichtungen im gemeinnützigen Wohnungsbau zugestimmt. Das Vorhaben wurde nicht gross bestritten. Widerstand kam einzig von der SVP. "Wir steuern auf eine Immobilienblase zu", hielt Thomas Aeschi (ZG) fest. Mit neuen Bürgschaften würde die Bautätigkeit zusätzlich befeuert. Die übrigen Fraktionen stimmten der Wohnraumförderungsvorlage zu. Die Bürgschaften seien ein zielgerichtetes Instrument, das den vom Bund alimentierten Fonds de Roulement sinnvoll ergänze, lautete der Tenor. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Flüchtlinge I

Lernende, die während ihrer Ausbildung einen negativen Asylentscheid erhalten, sollten ihre bereits begonnene berufliche Grundbildung in der Schweiz beenden können. Das verlangt der Nationalrat mit einer Motion. Das Anliegen formulierte die Staatspolitische Kommission des Nationalrats (SPK-N). Sie stört sich an Lehrabbrüchen nach langen Asylverfahren. Mit einer Praxisänderung solle erreicht werden, dass Betroffene ihre Lehre abschliessen können - das sei auch im Sinne einer Rückkehrhilfe zu sehen, argumentierte Kommissionssprecherin Corina Gredig (GLP/ZH). Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.



Flüchtlinge II

Flüchtlinge, die Opfer von Gewalt wurden - namentlich Frauen und Mädchen -, sollen einen besseren Zugang zur benötigten Gesundheitsversorgung erhalten. Das fordert der Nationalrat. Er hat eine Motion seiner Staatspolitischen Kommission (SPK-N) angenommen. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat. Sagt auch er Ja, soll der Bundesrat für eine schnellere Opferidentifikation sorgen. Konkret soll er die fachliche Betreuung für gewaltbetroffene, traumatisierte Geflüchtete in den Bundesasylzentren und den Zugang zu externen Angeboten ausbauen.

Reisebusse

Der Nationalrat will die private Reisebusbranche in der Corona-Krise zusätzlich unterstützen. Er hat eine entsprechende Motion angenommen. Philipp Matthias Bregy (CVP/VS) sprach im Namen der Verkehrskommission des Nationalrats (KVF-N), welche die Motion beschlossen hatte, von einem "klaren Zeichen" zugunsten der arg gebeutelten Reisebusbranche. Die Gegnerinnen und Gegner des Vorstosses - darunter der Bundesrat - verwiesen auf die Härtefallregelung, welche im abgeänderten Covid-19-Vorstoss geht nun an den Ständerat.

Indonesien

Der Nationalrat ist einverstanden damit, dass die Schweiz und Indonesien ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der internationalen Kriminalität stärken. Er hat einem bilateralen Rechtshilfevertrag mit 153 zu 32 bei 3 Enthaltungen zugestimmt. Die Schweiz und Indonesien verpflichteten sich, einander in diesem Bereich weitestgehende Rechtshilfe zu leisten. Im Vordergrund steht dabei die Bekämpfung von Wirtschaftsdelikten, Geldwäscherei und Korruption. Der Rechtshilfevertrag übernimmt laut Bundesrat die wichtigsten Grundsätze des schweizerischen Rechtshilfegesetzes und des Europäischen Rechtshilfeübereinkommens. Nicht einverstanden mit dem Abkommen war im Nationalrat lediglich ein Teil der SVP-Fraktion, weil dem Land wegen der Menschenrechtsverletzungen nicht die Hand gereicht werden solle. Das Geschäft geht an den Ständerat.

Freihandel

Das Parlament soll in der Handelspolitik der Schweiz mit dem Ausland mehr zu sagen haben. Es soll etwa bei Zielen und roten Linien für die Einfuhr von Lebensmitteln mitreden können. In solchen Abkommen würden oft Regeln bezüglich der Produktionsstandards vereinbart, die unmittelbare Auswirkungen auf die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten hätten, argumentierte Jacques Nicolet (SVP/VD), der den Vorstoss eingereicht hatte. Das Parlament habe aber keine Möglichkeit, frühzeitig zu intervenieren. Der Inhalt der Handelsabkommen werde jeweils erst bekannt, wenn diese bereits unterzeichnet seien. Der Nationalrat folgte knapp, mit 99 zu 80 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Die parlamentarische Initiative geht an den Ständerat.

Schule

Der Nationalrat will nichts davon wissen, Kopfbedeckungen an öffentlichen Schulen mit einem Verfassungsartikel zu verbieten. Einer entsprechenden parlamentarischen Initiative gab er mit 130 zu 51 Stimmen nicht Folge. Jean-Luc Addor (SVP/VS) hatte mit dem Verfassungsartikel den Schulen ein Instrument in die Hand geben wollen gegen "bestimmte parallelgesellschaftliche Erscheinungsformen". Er formulierte seinen Antrag als "generelles Kopfbedeckungsverbot" und meinte mit Kopfbedeckungen unter anderem den Hijab von Muslimas, aber auch Kapuzenpullover.



Die Mehrheit der Staatspolitischen Kommission (SPK-N) sah indes das islamische Kopftuch im Zentrum des Vorstosses. Dieser greife in die Religionsfreiheit ein, argumentierte Irène Kälin (Grüne/AG). Mit dem Nein des Nationalrats ist die Initiative vom Tisch.

Richterwahlen

Martha Niquille (CVP) ist neue Präsidentin des Bundesgerichts. Sie ist von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt worden, mit 173 von 174 gültigen Stimmen und für die Amtszeit 2021/2022. 53 Stimmzettel wurden leer eingelegt. Neuer Vizepräsident des Bundesgerichts wird Yves Donzallaz (SVP). Er erhielt 160 von 161 gültigen Stimmen. Bei dieser Wahl wurden 62 Stimmzettel leer abgegeben. Eine SVP-Minderheit hatte Niquille und Donzallaz nicht wählen wollen, weil sie deren Rolle in einer Untersuchung am Bundesstrafgericht kritisierte. Das Präsidium des Bundesverwaltungsgerichts wurde im Amt bestätigt.

Covid-Gesetz

Das Parlament hat am Donnerstag unter Zeitdruck die letzten Anpassungen am Covid-19-Gesetz geregelt. Damit stehen Unternehmen in Härtefällen neu insgesamt 2,5 Milliarden Franken zur Verfügung. Zudem wurden die Hürden für den Bezug der Gelder gesenkt, und es sollen auch wieder Kulturschaffende und nicht nur Kulturunternehmen unterstützt werden. Für Kurzarbeit gilt neu, dass ab Anfang Dezember 2020 bis Ende März 2021 tiefe Löhne - bis 3470 Franken - zu 100 Prozent entschädigt werden. Mit den Anpassungen im Covid-19-Gesetz können zudem Maskenverweigerer wieder gebüsst werden. Das Gesetz kann nach der Schlussabstimmung von Freitag in Kraft treten.

Bürgerschaftskredite

National- und Ständerat hatten sich beim Solidarbürgerschaftsgesetz bereits am Mittwoch geeinigt: Die Rückzahlungsfrist für Covid-Kredite wird von fünf auf acht Jahre verlängert. Zudem haben die beiden Räte festgelegt, dass Unternehmen, die von Covid-Krediten profitieren, keine Dividenden beschliessen und auszahlen dürfen. Am Donnerstag hat das Parlament nun noch der Dringlichkeit des Gesetzes zugestimmt. Dieses kann somit nach der Schlussabstimmung von Freitag in Kraft treten.

Öffentlicher Verkehr

Unternehmen im öffentlichen Regionalverkehr sollen weiterhin zu günstigen Konditionen Geld aufnehmen können. Nach dem Ständerat verlängert auch der Nationalrat den auslaufenden Bürgerschaftsrahmenkredit um zehn Jahre bis 2030. Der Rahmenkredit beläuft sich auf 11 Milliarden Franken. Der Nationalrat stimmte dem entsprechenden Bundesbeschluss einstimmig zu. Die Vorlage ist damit definitiv angenommen. Die Unternehmen des regionalen Personenverkehrs könnten dank der Bonität des Bundes zinsgünstig Fremdkapital für die Finanzierung ihrer Infrastruktur aufnehmen. Laut Bundesrat werden Bund und Kantone und damit die Steuerzahler dank der Solidarbürgschaft im Jahr um etwa 10 Millionen Franken entlastet.

E-Bikes

Jugendliche ab 12 Jahren sollen E-Bike fahren dürfen - aber nur mit Begleitmassnahmen. Der Nationalrat hat eine Motion abgelehnt, die eine generelle Fahrerlaubnis erteilen wollte. Der Entscheid gegen eine generelle Fahrerlaubnis erfolgte mit 112 zu 67 Stimmen bei 3 Enthaltungen.



Verkehrsministerin Simonetta Sommaruga argumentierte, dass der Bundesrat der Auffassung sei, dass Jugendliche mit 12 Jahren ein E-Bike benützen dürften - aber nur unter Auflagen. Dies sei mit der offenen Formulierung der vorliegenden Motion nicht möglich. Sommaruga verwies auf die angenommene Motion von Philippe Nantermod (FDP/VS), die der Bundesrat umsetzen werde - die eine Fahrerlaubnis unter Auflagen vorsehe.

Insekten

Der Nationalrat verlangt Massnahmen gegen das Insektensterben. Er hat oppositionslos einen Vorstoss der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (Urek-N) angenommen. Diese geht nun an den Ständerat. Mit der Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, die Aktionspläne Biodiversität, Bienengesundheit und Pflanzenschutzmittel sicherzustellen. Zudem soll aufgrund wissenschaftlicher Studien umgehend festgelegt werden, welche Massnahmen gegen das Insektensterben kurz-, mittel- und langfristig ergriffen werden müssen. Auch neue Produktionsmethoden in der Landwirtschaft sollen berücksichtigt werden.

Bundesbauten

Gebäude des Bundes sollen sich nach dem Willen von National- und Ständerat selbst mit der Energie versorgen können, die sie benötigen. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion angenommen. Mit der Motion solle der Bundesrat beauftragt werden, alle geeigneten Dach- und Fassadenflächen der Bundesverwaltung für die Produktion von Strom aus Fotovoltaik zu nutzen. Das Ziel sei die Energieautonomie der Bundesbauten. Die Motion geht an den Ständerat.

Agglomerationen

Die Kantone sollen mehr Einfluss darauf nehmen können, welche Gebiete von den Milliarden aus den Agglomerationsprogrammen profitieren, insbesondere in den Bergregionen. Nach dem Ständerat hat am Donnerstag auch der Nationalrat einer entsprechenden Motion der Verkehrskommission des Ständerats zugestimmt. Verlangt wird unter anderem, dass die beitragsberechtigten Städte und Agglomerationen in den Verordnungen aufgeführt werden. Es sollen die Namen der Kerne aufgeführt werden, nicht die einzelnen Gemeinden. Das Verkehrsdepartement soll ermächtigt werden, die beitragsberechtigten Gemeinden festzulegen. Dabei sollen auch die Kantone mitreden können. Der Nationalrat nahm die Motion stillschweigend an.

Umwelt

Aus Sicht des Nationalrats lässt der aktuelle Reinigungsgrad von Abwasserreinigungsanlagen (ARA) zu viele Stickstoffeinträge in die Gewässer und damit indirekt auch in das Grundwasser zu. Der Nationalrat will das Problem angehen. Er hat den Bundesrat beauftragt, die Problematik der Stickstoffeinträge aus den ARA in die Gewässer anzugehen und Massnahmen zur Reduktion zu ergreifen. Mit diesem Auftrag ist der Bundesrat einverstanden. Eine andere Motion, welche auf die Mikroverreinigung in den ARA zielt, lehnt der Bundesrat ab. Mit dieser wird gefordert, dass alle rund 740 ARA Massnahmen zur Elimination von Mikroverunreinigungen treffen müssen. Der Nationalrat stimmte mit 148 zu 24 Stimmen bei 16 Enthaltungen für die Motion. Die Motion zu den Stickstoffeinträgen geht an den Ständerat.



Bargeld

Der Nationalrat will sicherstellen, dass Bargeld auch in Zukunft breit akzeptiert wird. Er hat mit einem überwiesenen Postulat beim Bundesrat einen Bericht bestellt. Prisca Birrer-Heimo (SP/LU) begründete ihren Antrag damit, dass es Privatpersonen oft nicht mehr möglich sei, Dienstleistungen mit Bargeld zu bezahlen, sondern nur noch mit elektronischen Zahlungsmitteln. Finanzminister Ueli Maurer entgegnete, dass sich in der Schweiz in keiner Weise eine schwindende Bedeutung der Bargeldverwendung abzeichne. Deshalb sehe er keinen Bedarf für den geforderten Bericht.

Arbeitslosenversicherung

Die SVP-Fraktion ist mit einem Vorstoss im Nationalrat gescheitert, der verlangte, dass Selbständigerwerbende von den Beiträgen an die Arbeitslosenversicherung befreit werden. Selbständigerwerbende und Personen in Arbeitgeber-ähnlicher Stellung hätten keinen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung, seien aber beitragspflichtig, begründete die Fraktion ihren Vorstoss. Der Rat lehnte das Geschäft knapp mit 90 zu 84 Stimmen bei 11 Enthaltungen ab.

Vereidigung

Sarah Wyss ist neue Nationalrätin. Die 32-jährige Baselstädter SP-Politikerin ist am letzten Sessionstag des Jahres als Nachfolgerin von Beat Jans vereidigt worden. Der Sozialdemokrat Jans war im Herbst in die Basler Kantonsregierung gewählt worden. Wyss gehört seit 2013 dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt an. Sie ist Mitglied der Finanzkommission und präsidiert seit 2017 die Gesundheits- und Sozialkommission. Wyss verfügt über einen Master in European Studies und ist Geschäftsführerin der Stiftung Selbsthilfe Schweiz.

Nachruf

Mit einer Schweigeminute für den 81-jährig verstorbenen früheren Bundesrat Flavio Cotti (CVP) haben National- und Ständerat ihre letzte Sitzung der Wintersession begonnen und der Familie Cottis im Namen beider Kammern ihr Beileid ausgesprochen. Sie würdigten den siebten von bisher acht Tessiner Bundesräten als grossen Staatsmann und als Persönlichkeit, die sich mit Geschick, Beharrlichkeit, Eloquenz und innerem Feuer für die Schweiz eingesetzt habe. Cotti verstarb am Mittwoch an den Folgen einer Coronavirus-Erkrankung.

Schlussabstimmungen

Schlussabstimmungen: 18 Vorlagen haben der National- und der Ständerat am Freitag parlamentarisch unter Dach und Fach gebracht. Darunter sind das aktualisierte Covid-19-Gesetz, das unter anderem die Unterstützung für von der Pandemie betroffene Unternehmer und Angestellte regelt, und die Vorlage "Ehe für alle". Mit ihr wird die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet, und verheiratete Frauen-Paare erhalten Zugang zur Samenspende.

Alles Gute im neuen Jahr

Covid-19 stellt unser menschliches Miteinander und das gesellschaftliche Zusammenleben auf eine harte Probe. Isolation, Quarantäne, Verzicht auf Umarmungen und Händeschütteln, ein Lächeln oder kein Lächeln unter der Maske – all das verändert unsere Einstellung zu den Mitmenschen. Wenn das Gegenüber nicht mehr als Freund, Nachbar oder Helfer wahrgenommen wird, sondern als potenzieller Krankmacher und Gefahr, dann geschieht etwas mit uns.



Die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen dieser Corona-Krise werden uns eine ganze Zeit beschäftigen, und die gesellschaftlichen Konsequenzen werden sehr lange nachwirken. Aber wie immer: Betrachtet man Krisen mit ein wenig zeitlicher Distanz, so erkennt man häufig, dass man aus Krisen gestärkt und nicht geschwächt hervorgeht. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen schöne Festtage, gute Gesundheit und einfach alles Gute im neuen Jahr.

Bern, im Dezember 2020
David Zuberbühler